

4 Widerstände: Zwischen Antifeminismus und Lokalismus

Wie die meisten anderen freien Gewerkschaften hat der VBHi seit seiner Gründung in erster Linie versucht, konkrete soziale Verbesserungen für seine Mitglieder und in der Gesellschaft zu erreichen. Die Verbandszeitung »Solidarität« veröffentlichte zwar auch allgemeine politische Debatten, und die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie war unumstritten, aber der eigene Wirkungskreis beschränkte sich auf gewerkschaftstypische Bereiche. Von einer Revolution wurde nicht gesprochen. Auch das Vorgehen der Frauen um Paula Thiede (und einiger mit ihnen verbündeter Männer), ihre Rechte offensiv einzufordern und in der Verbandspraxis zu verankern, war tief in dieser Praxis verwurzelt. Daher richteten sich die Emanzipationsbemühungen der Frauen, die in der Zahlstelle I sozialisiert worden waren, gerade im ersten Jahrzehnt des VBHi vielfach auf die Praktiken des eigenen Verbands; erst nach einer gewissen Konsolidierung wurde verstärkt in die Öffentlichkeit gewirkt (siehe Kapitel 6).

Es war jedoch nicht von Beginn an klar, inwieweit diese Bemühungen für einen emanzipierten, gemischtgeschlechtlichen Verband Früchte tragen würden, denn der explizite emanzipatorische Standpunkt traf auch im VBHi auf unausgesprochene und internalisierte patriarchale Einstellungen und Vorbehalte. Es war vor allem eine Gruppe aus den Reihen der männlichen Berliner Hilfsarbeiter, die die Vorsitzende Paula Thiede über Jahre hinweg auf verschiedenen Wegen angriff, ohne auszusprechen, dass dies auch mit ihrem Geschlecht zu tun hatte. Die deutsche ArbeiterInnenbewegung hatte sich formal zur Emanzipation von Mann und Frau bekannt, doch in fast allen Gewerkschaften dominierten Männer und mussten sich für patriarchale Strukturen weder rechtfertigen noch wurden diese ernsthaft in Frage gestellt.

Im VBHi war dies allerdings anders: Dort herrschte eine andere Machtarchitektur und die Gegner gleichberechtigter Mitarbeit von Frauen in der Gewerkschaftsbewegung saßen nicht am längeren Hebel. Hier war es nicht möglich, entsprechende Konflikte zu vertagen, auszusitzen oder Kritikerinnen einfach nicht ernst zu nehmen, weil der Schutz durch die patriarchale Normalität fehlte: Die formal fortschrittliche Positionierung sowohl der Sozialdemokratie im Erfurter Programm von 1891¹ als auch der Gewerkschaften auf ihrem Kongress in Halberstadt (1892) und die Hegemonie im Verband selbst erschwerten die offene Argumentation gegen die Leitung durch eine Frau. So wurde im VBHi die antifeministische Agenda unausgesprochen über andere Themen verhandelt.

Die Quellenlage zur Geschichte des VBHi ist dünn, so dass wir den Gegenwind, den Paula Thiede als Vorsitzende ausgesetzt war, hauptsächlich in den Protokollen der Verbandstage entdecken können. Ein Mitteilungsblatt, das die Berliner Männer über Jahre hinweg herausgaben, wurde in diesem Fall als Forum für Verbandspolitik genutzt, hat sich aber nicht erhalten. Zugleich waren die Verbandstage jedoch die einzige realistische Gelegenheit, Veränderungen im Vorstand herbeizuführen. Diese Verbandstage stehen also hier nicht nur aufgrund von Notwendigkeiten, die sich aus den Quellenproblemen ergeben, im Mittelpunkt, sondern auch aus inhaltlichen Gründen.

Unter den Widersachern von Paula Thiede und dem Zentralvorstand tauchen zwei Namen immer wieder auf, die beide mit der in dieser Hinsicht maßgeblichen Zahlstelle II verbunden sind: Zum einen Engelbert Pucher, ein gebürtiger Wiener, der die Vorsitzende zunächst hart kritisierte, aber noch unter Paula Thiede den Weg in den Zentralvorstand fand und dort solidarisch mit ihr zusammenarbeitete. Pucher wurde 1920 zu Paula Thiedes Nachfolger gewählt.² Zum anderen August Moritz, ein Berliner

1 | Die neun Postulate des Erfurter Programms beginnen mit der Forderung: »Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen.« Außerdem griff das Programm die Frage der Gleichberechtigung als vierten Punkt nochmals auf: »Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen«; ediert beispielsweise in Dowe/Klotzbach (2004), S. 171–175.

2 | Zu Pucher vgl. auch Fuhrmann 2019, S. 145.

Hilfsarbeiter, der einige Jahre lang Leiter der vereinigten Berliner Zahlstelle war. Moritz stand dem Lokalismus nahe und wurde 1912 aus dem Verband ausgeschlossen, weil er den Abschluss eines Tarifvertrages massiv torpediert hatte.

Die wiederkehrenden Konflikte im VBHi, die auf den Verbandstagen ausgetragen wurden, lassen sich ohne den historischen Kontext nicht verstehen. Neben dem Streben nach Emanzipation und den entsprechenden Abwehrbewegungen gehören auch die lokalistischen Strömungen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu diesem Kontext.

4.1 Der VBHi und der Lokalismus

In den 1890er Jahren beschleunigte sich der Übergang von lokalen Gewerkschaftsorganisationen (»Vereine«), die durch lose Solidarität miteinander verbunden waren, zu reichsweiten Gewerkschaften (»Zentralverbände«). Die Strömungen innerhalb des VBHi, welche die örtliche Handlungsmacht nach der Verbandsgründung 1898 nicht im geforderten Maße abgeben wollten, kamen aus der Tradition des arbeiterbewegten Lokalismus. Während des Höhepunkts der diesbezüglichen Auseinandersetzungen drohten sie damit, »sich zu lokalisieren«.³

Dieser Lokalismus, der kein geschlossenes Ideengebäude darstellte, hatte in seinem Organisationsverständnis zwei herausragende Merkmale: Zum einen ausgeprägten Antizentralismus, der die Macht auf der lokalen Ebene belassen wollte, und zum anderen ein politisches Verständnis von Gewerkschaftsaufgaben, das zugleich die Aufgabenteilung zwischen SPD und Gewerkschaften ablehnte. Gerade das politische Selbstverständnis des Lokalismus hatte seine Institutionalisierung stark erschwert, weil politische Vereine unter dem Sozialistengesetz wiederholt verboten wurden. Andererseits hatte der Repressionsdruck in dieser Phase die lokale Orientierung der gewerkschaftsähnlichen Zusammenschlüsse gestärkt.⁴

Neben dem Sozialistengesetz hatte ein zweiter gesetzlicher Rahmen den Charakter des gewerkschaftlichen Lokalismus beeinflusst, nämlich das preußische Vereinsgesetz aus dem Jahr 1851, das Frauen bis 1908 von

3 | VBHi 1912a, S. 78.

4 | Vgl. Tennstedt 1983, S. 414f.

politischen Organisationen ausschloss und politische Vereine, die Frauen aufnahmen, zur Auflösung bestimmte.⁵ Die faktische Kopplung der Auswirkungen des Vereinsgesetzes und der politischen Orientierung machte aus den kämpferischeren Gewerkschaftsgruppen Männerbünde. So verstärkten sich im Lokalismus bereits vorhandene patriarchale Tendenzen noch mehr als in den übrigen Gewerkschaften. Dieser historisch bedingte Charakter spielte in der Arbeit gegen die weibliche Vorsitzende eine wichtige Rolle: Paula Thiede verkörperte als Frau an der Spitze eines Zentralverbandes, der auf sich auf das Erreichbare konzentrierte, alle Feindbilder eines patriarchal deformierten Lokalismus.

Verstärkend kam im konkreten Fall hinzu, dass der Lokalismus in Berlin schon Ende der 1880er einen besonderen Schwerpunkt und besondere Eigenarten entwickelt hatte – dies legen zumindest zeitgenössische Beobachtungen aus dem Inneren der Gewerkschaftsbewegung nahe:⁶

»Schon lange haben die Leiter und Spitzen der Organisation der Arbeiterschaft ihre liebe Noth mit den *unartigen Berlinern*, die sich den schön ausgeklügelten Schablonen, die sich doch in kleineren Orten so gut bewähren, nicht hineinfinden wollen. [Umgekehrt sahen einige] Arbeiterschaften ihre guten gewerkschaftlichen Einrichtungen, die sie mit vieler Mühe ins Leben gerufen hatten, angegriffen und zerstört durch die ›Organisationen‹ [= reichsweite Zentralverbände].«⁷

In dem Artikel aus einer lokalistisch-gewerkschaftlichen Bauhandwerkerzeitung aus dem Jahr 1889, aus dem dieses Zitat stammt, wurde daher der Vorschlag gemacht,

»daß für Berlin eine eigene und ganz andere Organisation der gewerkschaftlichen Bewegung geschaffen werden muß, als sie für die weit kleineren Provinzialstädte vielleicht sehr zweckmäßig sein mag.«⁸

Und tatsächlich wurde mit der in den 1890er Jahren gegründeten »Berliner Gewerkschaftskommission« eine weitere Überlegung des Artikels umgesetzt. Zu dieser Berliner Gewerkschaftskommission entsandten die Buch-

5 | Fuhrmann 2019, S. 44f.

6 | Eingehende Forschung zum gewerkschaftlichen Lokalismus, insbesondere in Berlin, ist mir nicht bekannt.

7 | Anonym 1889 (kursiver Text im Original gesperrt).

8 | Anonym 1889.

druckerei-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen jeweils einen Delegierten bzw. eine Delegierte.⁹

In den Druckereien hatten lokalistische Tendenzen in Abgrenzung zum eher wirtschaftsfriedlich agierenden »Verband der Deutschen Buchdrucker« (VDB) durchaus eine Basis. Im Umfeld der in Leipzig erscheinenden »Buchdruckerwacht« sammelten sich »Tarifgemeinschaftsgegner« unter anderem unter der vielsagenden Losung »Austritt aus dem Verband und Eintritt in die Gewerkschaft!«. Neben Forderungen nach mehr Klassenbewusstsein veröffentlichte die »Buchdruckerwacht« geharnischte Kritik an den VDB-Funktionären, die im Rahmen des Tarifausschusses der deutschen Buchdrucker durch luxuriöse Veranstaltungen korumpiert würden. Die Tarifgemeinschaftsgegner von der »Buchdruckerwacht« verstanden sich als Sozialdemokraten und hatten ihre Schwerpunkte unter anderem in Leipzig und Dresden.¹⁰

In der Organisationsstruktur der Gehilfen hatten sich die Wege von Lokalisten und Befürwortern eines Zentralverbands also getrennt, doch im VBHi dauerte die Zusammenarbeit an und es blieb Platz für lokalistische Positionen. In der VBHi-Zeitung »Solidarität« fanden sich immer wieder Hinweise auf die unterschiedlichen Ansichten, wie eine Gewerkschaft funktionieren sollte. So bedauerte kurz nach der Gründung des Zentralverbands ein unbekannter Autor bzw. eine unbekannte Autorin die hohe Bedeutung des erfolgreichen gewerkschaftseigenen Unterstützungssystems, »weil dadurch den Organisationen der Gedanke einer Kampforganisation genommen wird«.¹¹ Lokalistische Tendenzen in Teilen der ArbeiterInnenbewegung fanden sich insbesondere in solchen Orten, in denen die eigene Organisationsmacht so groß war, dass Verbesserungen lokal durchsetzbar waren – und ganz besonders in Berlin.

9 | Die wichtigste Quelle für die Arbeit der Berliner Gewerkschaftskommission sind deren Berichte aus den 1890er Jahren; eine Liste findet sich in Fuhrmann 2019, S. 213 f.

10 | Buchdruckerwacht. Organ zur Förderung der Gewerkschaftsbewegung, Zitate aus der Ausgabe vom 28. Mai 1898, S. 1.

11 | Solidarität, 2. April 1899, S. 2 f. (Artikel »Die paritätischen Arbeitsnachweise, ihr Zweck und Nutzen für die Organisation«). Der Artikel ist unter einem nicht auflösbaren Autorenkürzel veröffentlicht.

Es ist also wenig verwunderlich, dass die Berliner Zahlstellen I und II bei jedem größeren Konflikt innerhalb des VBHi eine Rolle spielten. Die Frauen der Zahlstelle I bewahrten sich durch einen Aufstand im Jahr 1899, also ein Jahr nach der Verbandsgründung, ihre große Autonomie (siehe Kapitel 2.3), arbeiteten jedoch unter diesen Bedingungen in den folgenden Jahren äußerst konstruktiv mit¹² – anders als die Männer der Zahlstelle II, die auf nahezu jedem Verbandstag die Konfrontation mit dem weiblich geführten Zentralvorstand um Paula Thiede suchten.

4.2 Hamburg statt Berlin? Der Verbandstag 1902

Paula Thiede trat auf dem regulären Verbandstag des VBHi 1902 mit einem bemerkenswerten Selbstbewusstsein auf, auch und gerade in der Konfrontation mit den starken Zahlstellen I und II.¹³ Besonders deutlich wurde ihr abgeklärtes Auftreten in der Debatte um die Bedingungen für die Fortführung ihrer Tätigkeit als Vorsitzende. Diese hatte sie zwischen Herbst 1900 und Beginn des Jahres 1902 einem Kollegen überlassen hatte, war aber beim Verbandstag bereits wieder im Amt.¹⁴

Der VBHi organisierte ausschließlich mäßig verdienende HilfsarbeiterInnen. Da die Gewerkschaftsbeiträge prozentual vom Lohn bezahlt wurden, war eine – im Vergleich zu den Facharbeitergewerkschaften – prekäre Kassenlage gerade in den ersten Jahren ein ständiger Begleiter. Daher waren auch die Zwecke, für die das knappe Geld aufgewendet werden sollte, stets umstritten.

Um Paula Thiede endlich eine immer noch bescheidene Erhöhung der Entschädigung für ihre Tätigkeit von 200 auf 600 Mark jährlich zu ermöglichen, sollten schließlich der Verbandsvorsitz und das Amt des verantwortlichen Redakteurs bzw. der verantwortlichen Redakteurin der Verbandszeitschrift »Solidarität« zusammengelegt werden. Thiede hatte dazu im Vorfeld ihr Einverständnis signalisiert.¹⁵ Zu einer regulären Bezahlung ihrer Tätigkeit (die etwa die dreifache Summe betragen hätte) konnte sich

12 | Vgl. dazu Fuhrmann 2019, S. 102–109.

13 | Beispiele siehe VBHi 1902, S. 25–30.

14 | Vgl. dazu Fuhrmann 2019, S. 109–118.

15 | VBHi 1902, S. 32f. und S. 36f.

der Verband 1902 noch nicht durchringen. Paula Thiede bemerkte dazu spitz, dass sie das Amt noch einen Turnus übernehmen werde und hoffe, »daß der nächste Verbandstag im Stande sein wird, einen Mann anzustellen«.¹⁶ Bei dieser Andeutung, dass ihr Geschlecht durchaus etwas mit dieser Debatte zu tun hatte, ließ sie es – zumindest bei dieser Gelegenheit – bewenden.

Offensichtlich beabsichtigten die männlichen Berliner Delegierten jedoch auf dem Verbandstag 1902 den Sturz Paula Thiedes und wandten sich gegen den Vorschlag, wenigstens die Entschädigung (»Remuneration«) zu erhöhen. Für ihren Plan, den gesamten Vorstand nach Hamburg zu verlegen, hatten sie im Vorfeld offenbar einzelne Hamburger Kollegen gewinnen können. Paula Thiede betonte in der Diskussion allerdings, wie viel Aufwand die Vorstandsarbeit bedeute,¹⁷ woraufhin die im Vorfeld eingebundenen Hamburger ablehnten.¹⁸ Ihnen war gerade noch rechtzeitig aufgegangen, dass das für die Vorstandsaufgaben nötige Arbeitspensum den Verzicht auf Lohnarbeit bedeutete und man selbst von der erhöhten Entschädigung »in Hamburg nicht existieren«¹⁹ geschweige denn eine Familie ernähren konnte. Der Hamburger Vertreter Lohse schloss sogar die Auflösung der Hamburger Zahlstelle, die »jetzt schon mit Defizit« arbeitete, für die nahe Zukunft nicht aus²⁰ – sie war also völlig ungeeignet, um einen kompletten Verbandsvorstand mit mindestens sechs Personen zu stellen.

Trotzdem hielten die Vertreter der Zahlstelle II an ihrem Plan fest, sogar nachdem sich die stimmenstarke Zahlstelle I offen an die Seite von Paula Thiede gestellt hatte.²¹ Eine politische Begründung wäre möglich gewesen, z. B. das Ringen um eine kämpferische, basisdemokratischere, mithin lokalistischere Ausrichtung des Verbands. Eine solche wurde jedoch nicht vorgebracht und scheidet daher als Grund für dieses Verhalten aus.

Das starre Festhalten an dem – durch die Absage der Hamburger – bereits gescheiterten Plan lässt sich eigentlich nur damit erklären, dass

16 | VBHi 1902, S. 36f.

17 | VBHi 1902, S. 31.

18 | VBHi 1902, S. 34–37.

19 | VBHi 1902, S. 35.

20 | VBHi 1902, S. 36.

21 | VBHi 1902, S. 34–37.

es der eigentliche Zweck war, die weibliche Vorsitzende loszuwerden, was aber wiederum nicht offen geäußert werden konnte. Paula Thiede beendete schließlich das Spiel mit der unausgesprochenen Motivation derjenigen Delegierten, die Verbandsprobleme an ihrer Person festmachen wollten. Sie gab zu Protokoll,

»daß ihr einziger Fehler nur darin besteht, daß sie eine Frau ist, denn Fehler in der Geschäftsführung sind ihr nicht nachzuweisen.«²²

Im Anschluss an diese Kontroversen wurde sie mit nur vier Gegenstimmen wieder zur Vorsitzenden gewählt; ihre Gegner erlitten eine deutliche Abstimmungsniederlage.²³ Der Kollege Otto Bleich von der Zahlstelle II zog sich daraufhin aus der nun von Paula Thiede geleiteten Redaktion der »Solidarität« zurück. Bleich selbst sprach von einer »Meinungsdifferenz«, Paula Thiede nannte es eine »persönliche Angelegenheit«.²⁴ Dies waren möglicherweise Umschreibungen dafür, dass sich der Vertreter der Berliner Männer nach dieser Niederlage nicht der Frau Vorsitzenden unterordnen wollte.

Der Berliner Streit hatte ohnehin schon den gesamten Verband belastet,²⁵ doch die gesamte Zahlstelle II reagierte wie der Kollege Bleich mit Rückzug und drohte damit, den Verband, der von der alten und neuen Vorsitzenden Paula Thiede geleitet wurde, zu verlassen.²⁶ Erst »in einer kombinierten Sitzung mit den beiden Zahlstellenvorständen, dem Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission und dem Verbandsvorstand«²⁷ gelang es, die Wogen zu glätten und den nun folgenden Aufschwung des Verbands nicht zu gefährden.

22 | VBHi 1902, S. 35.

23 | VBHi 1902, S. 35–37.

24 | VBHi 1902, S. 42 f.

25 | VBHi 1902, S. 35.

26 | Vgl. den aufschlussreichen Bericht von einer Versammlung der Zahlstelle II am 16. April, in: *Solidarität*, 26. April 1902, S. 3 f. Eine weitere Versammlung am 27. April beschloss eine Urabstimmung der Zahlstelle II über den Verbandsaustritt; vgl. *Solidarität*, 10. Mai 1902, S. 1 (Kurzinformation einschließlich Ankündigung der Vermittlung) und S. 3 (Bericht der Versammlung von Zahlstelle II).

27 | Thiede 1905b.

4.3 Abwertung und Geringschätzung: Der Verbandstag 1905

Als Paula Thiede beim nächsten Verbandstag 1905 Bereitschaft zur erneuten Übernahme des Vorsitzes signalisierte, aber eine Anstellung zum Gehalt von 1.800 Mark anstelle der bisherigen Entschädigung zur Bedingung machte, regte sich wiederum Widerstand bei den männlichen Delegierten der Zahlstelle II.²⁸ Die von Thiede geforderte Summe war das absolute Minimum der Löhne aller Gewerkschaftsangestellten – einschließlich der Hilfsarbeiter bei der Gewerkschaftskommission – und lag nur geringfügig über dem Verdienst der Berliner Hilfsarbeiterschaft im Buchdruck. Zu diesem Gehalt sollte Thiede weiterhin den Verband leiten und die Zeitschrift redigieren. Gertrud Hanna erinnerte sich 1919 an den

»Widerstand gegen die weibliche Leitung, der besonders hervortrat, als im Jahre 1905 der Verband endlich zur Anstellung der Vorsitzenden mit einem Jahresgehalt von 1.800 Mark kam.«²⁹

Unter anderem wurde als Argument ins Feld geführt, dass Paula Thiede gar nicht richtig arbeite und daher ein Gehalt, dass die Freistellung von Lohnarbeit ermögliche, nicht nötig sei. Zudem äußerte Engelbert Pucher von der Zahlstelle II auch noch die gewagte Einschätzung, diese Arbeit könne »sogar neben der Berufstätigkeit erledigt werden«. Außerdem sei Paula Thiede nicht geeignet, die Redaktion der Zeitschrift zu leiten.³⁰ Pucher hatte schon drei Jahre zuvor gegen Paula Thiede persönlich polemisiert, das Geld, das sie vom Verband bekomme, werde »zur Rettung verkrachter Existenzen« missbraucht und sie habe nur ihre »Existenzinteressen im Auge«. Alle diese Äußerungen fielen in Thiedes Anwesenheit.³¹

Gerade in dieser Situation zeigte sich, dass die weibliche Machtbasis in Form der größten Zahlstelle des Verbands eine Schlüsselrolle spielte. Paula Thiede blieb in der Debatte bei ihrer deutlichen Position und bekam Unterstützung von etlichen Delegierten aus anderen Städten – und von der Zahlstelle I. Für diese sprach Sophie Teske, seit Gründung sehr aktiv im Verband, und legte den Berliner Kollegen nahe, das »Vorurteil gegen

28 | VBHi 1905a, S. 29.

29 | Anonym [verm. Gertrud Hanna] 1919.

30 | VBHi 1905a, S. 27 f.

31 | Solidarität, 10. Mai 1902, S. 3.

die Anstellung weiblicher Mitglieder« fallenzulassen.³² Zahlreiche männliche Delegierte aus anderen Städten äußerten sich ähnlich und sprachen sich dafür aus, die hervorragende Arbeit der Kollegin nicht infrage zu stellen, nur weil die weibliche Leitung nun ordentlich angestellt werden solle. Daraufhin wurden Anstellung und Bezahlung des oder der zu wählenden Vorsitzenden mit Dreiviertelmehrheit beschlossen und anschließend Paula Thiede mit 42 Stimmen bei 9 Enthaltungen im Amt bestätigt – die Anzahl der Enthaltungen entsprach der Anzahl der Delegierten der Zahlstelle II.³³

4.4 »Ein trauriges, in der Gewerkschaftsgeschichte einzig dastehendes Kapitel«³⁴: Der außerordentliche Verbandstag 1912

Während es bei den beiden Kongressen 1908 in München und 1910 in Bremen verhältnismäßig ruhig zugeht,³⁵ wurde im Jahr 1912 ein außerordentlicher Verbandstag in Berlin nötig. Anlass waren heftige Auseinandersetzungen um den neuen Tarifvertrag, der Ende 1911 nach fünfjähriger Laufzeit die erste Vereinbarung aus dem Jahr 1906 ersetzt hatte. Es gab, insbesondere in der Gruppe der männlichen Hilfsarbeiter mit vergleichsweise hohen Löhnen, Unzufriedenheit über zu geringe Lohnsteigerungen. Die Berliner Zahlstelle um ihren Vorsitzenden August Moritz weigerte sich auf spektakuläre Art und Weise, die Vereinbarung anzuerkennen: Ihre Vertreter erschienen trotz erfolgter Einladung nicht zu der entscheidenden Sitzung am 3. Januar, woraufhin der Zentralvorstand des VBHi die lokale Vereinbarung anstelle der Berliner Zahlstelle abschloss und unterzeichnete.³⁶

Daraufhin eskalierten einige bereits schwelende Konflikte zwischen dem Zentralvorstand und der größten, mittlerweile vereinigten Berliner Zahlstelle, die auf einem außerordentlichen Verbandstag Ende Februar 1912 ausgeräumt werden sollten. Die dortigen Geschehnisse halten eine Reihe spannender Erkenntnisse bereit.

32 | VBHi 1905a, S. 29.

33 | VBHi 1905a, S. 28–30.

34 | VBHi 1912b, S. 19.

35 | Paula Thiede sprach von dem Münchener Verbandstag als dem ersten, der sie »voll befriedigt hat«; VBHi 1910a, S. 210.

36 | Eine Schilderung der Ereignisse findet sich in VBHi 1912a, S. 1–27.

Auf diesem Verbandstag rächte sich nach nur zweieinhalb Jahren die Zusammenlegung der beiden Berliner Zahlstellen, denn die Delegierten aus Berlin waren mit einer einzigen Ausnahme Männer. Schon im Juni 1908 hatte Sophie Teske gewarnt:

»Wenn aber unsere Zahlstelle 18 Jahre bestanden hat, so haben wir doch verschiedene Bedenken, sie aufzugeben, zumal wir sehen, daß dort, wo weibliche und männliche Mitglieder in einer Organisation zusammen sind, die weiblichen Mitglieder immer erst in letzter Linie herangezogen werden, wenn es sich um die Besetzung von Vorstandsposten, um die Delegation zur Generalversammlung usw. handelt. Das sehen wir ja auch in anderen Gewerkschaften.«³⁷

So konnte August Moritz mit Hilfe der ihm als Vorsitzenden der Ortsverwaltung zur Verfügung stehenden symbolischen und materiellen Ressourcen die Abwahl des Verbandsvorstands um Paula Thiede planen. Die Vorkommnisse im Vorfeld des außerordentlichen Verbandstages haben den Charakter von Putschvorbereitungen, die mit großem Aufwand betrieben wurden. Die durch das Wortprotokoll dieses Verbandstages zugänglichen Informationen sind eine wahre Fundgrube, um Konflikte zu erkennen, die im Zusammenhang mit der Normalisierung der Tarifabschlüsse entstehen konnten.

Das Motiv, Paula Thiede als Frau von der Spitze des Verbands zu vertreiben, trat im Zusammenhang mit dem Tarifkonflikt 1911/1912 in den Hintergrund. Doch es ist auffällig, dass es sich bei den konspirierenden Personen um ein reines Männernetzwerk handelte – dass sie sich mit dem Zentralverband zugleich einer Frau unterordnen sollten, scheint ihren Widerwillen deutlich verstärkt zu haben.³⁸ Einer der weiteren Vorwürfe gegen den Verbandsvorstand um Paula Thiede bestand zudem darin, in den Tarifabschlüssen die für VBHi-Verhältnisse gut Verdienenden (die berufserfahrenen Männer) nicht ausreichend berücksichtigt zu haben. Dass dadurch der enorme Verdienstunterschied innerhalb der Hilfsarbeiterschaft verringert wurde, weil die Löhne der unteren Lohngruppen (meistens Frauen) im Gegenzug kräftig gesteigert werden konnten, blieb bei dieser Argumentation außen vor.³⁹

37 | VBHi 1908, S. 159 (Protokoll).

38 | Vgl. beispielhaft VBHi 1912a, S. 197.

39 | Vgl. insbesondere VBHi 1912a, S. 25, S. 193 f., S. 203 und S. 214–216.

Die ökonomische Dimension des kaiserzeitlichen Patriarchats spiegelte sich auch bei den Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen in den Lohnverhältnissen bzw. den Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen. Der Zentralvorstand, bei dem ein ausgeprägtes Bewusstsein für diese Zustände herrschte, versuchte seit Jahren mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, solche Ungerechtigkeiten zu verringern. Die Streikmacht der gut organisierten Berliner Ortsverwaltung kam im Rahmen des reichsweiten Verbands auch Frauen und Beschäftigten in kleineren Städten zugute, solange die Verhandlungen an den VBHi-Zentralvorstand um Paula Thiede delegiert waren.

In diesem Kontext ist der Tarifabschluss von 1911 zu sehen, bei dem die unteren Lohngruppen prozentual höhere Steigerungen erfuhren als die oberen. Die politische Opposition gegen diesen Kurs legt nahe, dass das Verständnis von geschlechter- und lohngruppenübergreifender Solidarität bei den Männern der ehemaligen Zahlstelle II deutlich eingeschränkt war – im Gegensatz nicht nur zum Zentralvorstand, sondern auch zu den meisten anderen Zahlstellen im VBHi. Damit hatte sich die Rolle der Berliner Mitgliedschaft als Treiber für mehr Geschlechtergerechtigkeit in ihr Gegenteil verkehrt. Dies ist vor allem auf die Auflösung der vormals selbstständigen Frauenzahlstelle und deren Unterordnung in die nun von Männern dominierte Gesamtberliner Gliederung zurückzuführen.

Der Zentralvorstand und die Berliner Männer setzten sehr unterschiedliche Prioritäten in der Lohnfrage. Diese Prioritätensetzung war unlösbar mit der Frage der Geschlechtergerechtigkeit verknüpft, weil es darum ging, welche Lohngruppen mehr Lohnzuwachs erhalten sollten. Denkt man die Konsequenzen unterschiedlich starker Lohnerhöhungen zu Ende, wurden mit dieser Frage zugleich das Klassen- und Familienverständnis mitverhandelt. In diesem konkreten Fall und in diesem Verband setzte sich mit dem Zentralvorstand auch dessen Politik für mehr Gleichberechtigung durch. Das Schicksal der einst avantgardistischen Berliner Frauen, die nach Auflösung ihrer Autonomie hier nur noch als Fußvolk der Berliner Männer auftauchten, unterstreicht zugleich die Bedeutung der Organisationsfrage.

Bezüglich des Autonomieverlustes der Ortsverwaltungen durch die Abschlüsse reichsweiter Tarife begann die Eskalation der Gegensätze zum Jahreswechsel 1911/1912. Der Leiter der Berliner Ortsverwaltung August Moritz weigerte sich, den neuen Tarifvertrag lokal anzuerkennen und mit den Berliner Prinzipalen abzuschließen. Der Zentralvorstand handelte da-

rauhfin anstelle der bewusst nicht erschienenen Berliner Vertreter⁴⁰ eine für die Berliner KollegInnen bindende Einigung mit den Unternehmern aus und unterschrieb sie. Obwohl dieses Prozedere unter Vorsitz des Tarifamtes (als Schlichtungsstelle) stattgefunden hatte und mit den VBHi-Statuten konform ging, war es anschließend verbandsinterner Streitpunkt.⁴¹

In Berlin wurde für den 5. Januar 1912 eine Vertrauensleutesitzung einberufen, auf der Engelbert Pucher (ehemals Zahlstelle II, jetzt Redakteur der »Solidarität«) und Paula Thiede das Vorgehen des Zentralvorstands verteidigten. Im Vorfeld hatte August Moritz die Stimmung bereits erheblich angeheizt und auf der Sitzung kam es zu ersten verbalen Eskalationen.⁴² Der seit vielen Jahren in Berlin wohnende gebürtige Wiener Pucher wurde bedroht (»wenn das ein Deutscher in Österreich gemacht hätte, er hinge am ersten Laternenpfahl«) und auch Paula Thiede wurde heftig angegangen.⁴³

Thiede und Pucher erläuterten die Tarif-Geschehnisse zwei Tage später nochmals, diesmal auf einer großen Versammlung von 3.000 Berliner HilfsarbeiterInnen. Wieder war die Stimmung aufgeheizt, »Rufe wie Verräter und Schieber schwirrten umher«.⁴⁴ Laut Gertrud Hanna fielen solche Ausdrücke »unzählige Male« und auch Moritz und der Münchener Ortsverwaltungsleiter Schmid erhoben persönlich den »Vorwurf der Verräterei« gegen Paula Thiede. Neben Thiede stand vor allem der Redakteur der *Solidarität*, Engelbert Pucher (1905 selbst noch scharfer Widersacher Thiedes), im Zentrum der Vorwürfe.⁴⁵

Auf diesen beiden Berliner Veranstaltungen wurde aufgrund der Vorkommnisse ein außerordentlicher Verbandstag des VBHi eingefordert. Der Verbandsvorstand reagierte schnell und berief für die letzte Februarwoche den gewünschten Verbandstag ein, um den Konflikt entweder auszutra-

40 | Gertrud Hanna vermutete, dass es sich um den ersten Fall handelt, bei dem VertreterInnen der deutschen ArbeiterInnenbewegung zu einer Verhandlung mit den Unternehmern nicht erschienen seien; vgl. VBHi 1912a, S. 80.

41 | VBHi 1912a, S. 20–25.

42 | Glaubt man einem Bericht von Gertrud Hanna, beherrschte Moritz die Aufwiegelei generell sehr gut; VBHi 1912a, S. 79. Moritz allerdings erhob Widerspruch gegen diesen Vorwurf; VBHi 1912a, S. 219 f.

43 | VBHi 1912a, S. 21 f.

44 | VBHi 1912a, S. 22–26 (Zitat auf S. 22).

45 | VBHi 1912a, S. 77.

gen oder zu schlichten.⁴⁶ Spätestens ab diesem Zeitpunkt lief die Strategie der Berliner um August Moritz darauf hinaus, nicht die Verständigung zu suchen, sondern die Machtfrage zu stellen. Auf dem bevorstehenden Verbandstag wollten sie den Sitz des Verbandsvorstands nach München verlegen lassen.⁴⁷ In den dann erforderlichen Neuwahlen sollten Paula Thiede als Vorsitzende und der Großteil des übrigen Vorstands nicht wiedergewählt werden.

Um auf diese Art einen neuen Verbandsvorstand zu installieren, hatten die einschlägigen Berliner Männer und vor allem Moritz selbst eine ganze Reihe von Vorbereitungen unternommen, von denen insbesondere ein langer Redebeitrag von Paula Thiede auf dem Verbandstag Zeugnis ablegt.⁴⁸ Aus Mangel an anderen Quellen beruht die folgende Darstellung in wichtigen Punkten auf den Ausführungen Thiedes auf dem Verbandstag. Die Angaben des entsprechenden Protokolls sind jedoch nicht nur die ausführlichste Überlieferung der Begebenheiten, sondern auch aus verschiedenen Gründen plausibel: Zum einen verwies Thiede in ihrer Rede oft auf Dokumente und zitierte diese wörtlich, zum anderen wurden viele der geschilderten Begebenheiten von den Kontrahenten selbst durch protokollierte Zwischenrufe bestätigt.

Das wichtigste Medium zur Vorbereitung des geplanten Umsturzes war das Mitteilungsblatt der Ortsverwaltung Berlin, von dem leider keine Exemplare erhalten sind.⁴⁹ Entgegen der üblichen Vorgehensweise wurde eine Ausgabe dieses Mitteilungsblattes reichsweit verschickt.⁵⁰ Darin fan-

46 | VBHi 1912a, S. 23 f. Der Vorstand hätte durchaus auch andere Möglichkeiten gehabt, denn durch die Weigerung, die (lokal kassierten) Mitgliedsbeiträge an den Verband zu überweisen, hatten sich die BerlinerInnen in erheblichen Zugzwang gebracht. Hätte der Zentralvorstand den außerordentlichen Verbandstag z. B. nur ein wenig später einberufen, wäre die Berliner Zahlstelle aufgrund dieser Weigerung statutengemäß ausgeschlossen worden und hätte auf dem Verbandstag nur noch wenig Einfluss gehabt. Doch auf diesen Weg verzichtete Paula Thiede trotz anderer Stimmen im Vorstand bewusst; vgl. VBHi 1912a, S. 23 f.; dazu auch die Äußerung von Gertrud Hanna, VBHi 1912a, S. 77.

47 | VBHi 1912a, S. 238.

48 | VBHi 1912a, S. 229–247.

49 | Das Berliner Mitteilungsblatt lässt sich erst ab 1921 nachweisen; vgl. <https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=013144340> (Abruf am 18.12.2020).

50 | VBHi 1912a, S. 241.

den sich der Vorwurf der Berliner Ortsverwaltung gegen den Vorstand (insbesondere gegen Paula Thiede, Heinrich Lodahl, Gertrud Hanna und Engelbert Pucher), in der Tarifffrage eigenmächtig und gegen die Interessen der Berliner Zahlstelle gehandelt zu haben. Einige Ortsverwaltungen, die mit Inhalt oder Vorgehen nicht einverstanden waren, schickten diese Stapel allerdings an den Vorstand zurück, anstatt sie zu verteilen.⁵¹ Der Zentralvorstand reagierte auf die Kritik aus Berlin mit eigenen Darstellungen in der Verbandszeitschrift.⁵²

In die Putschvorbereitungen wurden insbesondere diejenigen Ortsgruppen einbezogen, die aus verschiedenen Gründen in Konflikt mit Paula Thiede oder der Verbandsleitung standen.⁵³ Dabei entwickelte sich die Münchener Ortsverwaltung zum engsten Verbündeten der Berliner. Der örtliche Leiter Schmid hatte im Rahmen lokaler (Lohn-)Tarifverhandlungen und in einer Frage der Unterstützungszahlungen unerfüllbare Hoffnungen bei den Münchener Mitgliedern geweckt und versucht, die Verantwortung für den später enttäuschenden Abschluss auf Pucher und Thiede vom Zentralvorstand abzuschieben.⁵⁴

In Dresden war der örtliche Vorsitzende dem Vernehmen nach wütend, dass der Leiter des Gaus, zu dem Dresden gehörte, beim Vorstand höheres Ansehen genoss als er selbst.⁵⁵

Im Fall der Zahlstelle Hamburg, einer wichtigen Ortsverwaltung, die aber nicht im Konflikt mit der Verbandsleitung stand, waren die Kollegen Schmid (München) und Moritz (Berlin) nicht davor zurückgeschreckt, auf einer Gauleiterkonferenz einen böartigen Aprilscherz mit dem altverdienten Kollegen und Gauleiter Glarner zu treiben, um diesen in einen persönlichen Konflikt mit Paula Thiede zu drängen.⁵⁶ Als sich die Hamburger

51 | VBHi 1912a, S. 25.

52 | VBHi 1912a, S. 25.

53 | VBHi 1912a, S. 237 f.

54 | VBHi 1912a, S. 232–236.

55 | VBHi 1912a, S. 229 f. Die Gaeue entsprechen in etwa den heutigen bezirklichen Gliederungen bei Parteien und Gewerkschaften.

56 | Hintergrund war eine geplante Ausweitung der Agitationszuständigkeit der Bremerin Auguste Bosse auf Hamburg, durch die sich Glarner übergangen fühlte. Die Kollegen Schmid und allen voran Moritz schlugen nun Glarner vor, woraufhin Paula Thiede die Argumente für Auguste Bosse aufzählen musste. Erst als Glarner trotzdem eine Kandidatenrede hielt, stand »Moritz auf, und [erklärte]

Ortsverwaltung einige Monate später dagegen entschied, die »Putschausgabe« des Berliner Mitteilungsblattes vor Ort zu verteilen, fuhren die Berliner Moritz und Baumgarten nach Hamburg, um dort auf einer internen Versammlung ihre Version des Tarifkonfliktes darzustellen und für ihre Pläne zu werben. Durch den Berliner Tratsch erfuhr Paula Thiede davon und hielt telefonisch Rücksprache mit den HamburgerInnen. Diese gaben sich zerknirscht und berichteten von den Umständen des Zustandekommens: »Die standen einfach hier vor der Tür, wir konnten sie ja nicht rausschmeißen.« Daraufhin reiste Engelbert Pucher kurzfristig nach Hamburg und konnte die Sicht des Vorstands auf der gleichen Veranstaltung darstellen.⁵⁷

In einigen Ortsverwaltungen, die als loyal dem Zentralvorstand gegenüber eingeschätzt wurden, verzichteten die Aufrührer auf weitergehende Agitation. In anderen Fällen bemühte sich August Moritz allerdings um Einflussnahme auf einfache Delegierte, die in der Vergangenheit einen Konflikt mit dem Verbandsvorstand gehabt hatten, so z. B. in Hannover.⁵⁸ In Halle scheiterte eine Kontaktaufnahme mit dem Kollegen Scheibe daran, dass die Ortsverwaltung gerade tagte und Moritz nicht offiziell auf der Versammlung auftauchen wollte. Dass er als Boten einen Kollegen einspannte, der von »morgens an schon die verkrachte Steindruckerbewegung« mit viel Alkohol verarbeitet hatte, wird dem Gelingen nicht zuträglich gewesen sein.⁵⁹ Darüber hinaus wurde der ehemalige Zahlstellenleiter Stettins »ausgeschickt [...], um Dreckkübel über den Hauptvorstand zu entleeren«.⁶⁰

Der aktuelle Delegierte Stettins berichtete auf dem Verbandstag außerdem, Moritz habe »in ganz hinterlistiger Weise« versucht, sich in eine Verbandsversammlung »hineinzuschleichen«, um dort für seine Sache zu wer-

wie es nur Moritz machen kann in der Art, sagen wir mal brutal«, das Ganze zum Aprilscherz; VBHi 1912a, S. 238–240 (Zitat auf S. 240). Zur Biografie Glarners vgl. Verband der Graphischen Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands 1925, S. 27f.

57 | VBHi 1912a, S. 240f. Eine ähnliche Intervention gelang dem Verbandsvorstand, als Paula Thiede kurzfristig zu einer von Moritz und Schmid in München organisierten Veranstaltung dazustoßen konnte, weil sie am Tag zuvor in Nürnberg war und telefonisch davon erfahren hatte; VBHi 1912a, S. 238.

58 | VBHi 1912a, S. 238.

59 | VBHi 1912a, S. 238.

60 | VBHi 1912a, S. 204f.

ben.⁶¹ Durch solche Aktionen war schon einige Zeit vor dem Verbandstag die nötige Stimmenmehrheit zwar in Reichweite, aber keinesfalls sicher. So fuhr Moritz »noch in letzter Stunde« vor dem Verbandstag nach Magdeburg, um einen ihm persönlich bekannten Delegierten »bei einem Glase Bier« von der Sache zu überzeugen.⁶²

Während der Berliner Baumgarten – neben Moritz und Schmid (München) eine zentrale Figur bei der Vorbereitung des Umsturzes – in derselben Sache in Hamburg agitierte, wurden die Berliner Delegierten gewählt. Dabei wurde Baumgarten in Abwesenheit zum Delegierten bestimmt – ein unübliches und nach Meinung des Verbandsvorstandes kaum statutengeRechtes Vorgehen.⁶³ Die eigenen formalen Fehler ignorierend fochten die Berliner Delegierten zu Beginn des Verbandstages zwei andere Mandate an, von denen eins auch für ungültig erklärt wurde.⁶⁴ Ein im Vorfeld unternommener energischer Versuch der Münchener Zahlstelle, verbandsfremde Gäste anderer Gewerkschaften von vorneherein auszuschließen, scheiterte an der Entschiedenheit des Zentralvorstands.⁶⁵

Der letzte vorbereitende Schritt zur Übernahme der Verbandsgeschäfte durch die gutverdienenden Männer war eine Art interne »Vorkonferenz« am Tag vor dem Verbandstag. Die in die Vorbereitungen eingeweihten Delegierten aus Hamburg, Dresden und München wurden von den Berlinern nach der Anreise »freundlichst abgeholt«, mit den neuesten Informationen versorgt und zu einer Stadtführung eingeladen,⁶⁶ während die kleinen »Provinzkrauter«, die zum Vorstand hielten, »sich allein überlassen wurden«. Bei dieser Gelegenheit »hat man die Aemter vergeben«⁶⁷, die bei der geplanten Abwahl des Zentralvorstands frei werden würden.⁶⁸

Nach allem, was über August Moritz und die Geschehnisse bekannt ist, ist es höchstwahrscheinlich, dass er die treibende Kraft hinter dem Machtkampf auf diesem außerordentlichen Verbandstag im Februar 1912 war.

61 | VBHi 1912a, S. 204, auch S. 25.

62 | VBHi 1912a, S. 237.

63 | VBHi 1912a, S. 237.

64 | VBHi 1912a, S. 29, S. 237 und S. 291.

65 | VBHi 1912a, S. 237 f.

66 | VBHi 1912a, S. 26.

67 | VBHi 1912a, S. 238.

68 | VBHi 1912a, S. 26, vgl. auch S. 237 f. und S. 241.

Zu Vorbereitung dieses Unternehmens gehörte eine gehörige Portion Planung, Berechnung, Energie und Entschlossenheit. August Moritz scheint diese Eigenschaften auf sich vereinigt zu haben, wie eine Episode einige Zeit vor dem Verbandstag zeigt, die dort noch eine Rolle spielen sollte.

Bereits vor der finalen Zuspitzung in der Tarifffrage hatte Moritz nämlich dafür gesorgt, dass er gegenüber Engelbert Pucher über ein wichtiges Druckmittel verfügte. Zum Zeitpunkt der Tarifverhandlungen 1911 hatte Moritz den Posten des Leiters der nun vereinigten Ortsverwaltung von Pucher übernommen, nachdem dieser Redakteur der Verbandszeitschrift »Solidarität« geworden war. Moritz' Druckmittel waren beträchtliche Schulden in Höhe von 700 Mark, die Pucher einige Jahre zuvor bei ihm gemacht hatte, bzw. die unvermeidliche Schädigung der Vertrauenswürdigkeit, die Pucher als Verbandsfunktionär erleiden würde, wenn die Causa in der Verbandsöffentlichkeit Thema würde.⁶⁹ Moritz sprach auf dem Verbandstag selbst von seinem »ehemaligen Freund Pucher«, mit dem er jahrelang zusammengearbeitet habe, als seinem damaligen »Vorbild«.⁷⁰ Das schien ihn aber nicht davon abzuhalten, seine Machtposition zu Puchers Lasten verbessern zu wollen.

Die betreffenden Schulden hatten eine Geschichte, die seltene Einblicke in die Gewerkschaftsarbeit jenseits der protokollierten Gremien erlaubt, denn die Verbindlichkeiten stammten aus gemeinsamer gewerkschaftlicher Arbeit, allerdings einer ungewöhnlich anmutenden:

»Tag und Nacht sind die beiden Unzertrennlichen von Bude zu Bude und von Kneipe zu Kneipe gewandert, [...] [um] das Gewerbe rein zu machen.«⁷¹

Die beiden Kollegen inspizierten Arbeitsstätten, um herauszufinden, wer in welchem Betrieb arbeitete, und zogen durch die Kneipen, um sich in der Hilfsarbeiterschaft umzuhören. Mit den dabei gewonnenen Informationen gelang es ihnen anschließend, Missstände zu beheben. Ein sehr erfolgreiches Teilprojekt dieser Aktivitäten war es offensichtlich, den Falzern, die nur als Aushilfsarbeiter eingestellt wurden (und zunächst nicht als Hilfsarbeiter galten), solidarisch zu »einem sicheren und festen Lohnverhältnis« und zu einer Anerkennung als Hilfsarbeiter zu verhelfen. Dazu mussten

69 | VBHi 1912a, S. 242.

70 | VBHi 1912a, S. 219.

71 | VBHi 1912a, S. 242.

aber potenzielle Lohndrücker und Streikbrecher aus dem Arbeitskräftepool ausgeschlossen werden. Dies betraf offenbar in erster Linie »Reservelager, die sonst schließlich – im geschlossenen Kreise will ich es ihnen sagen –«, so drückte Paula Thiede sich aus, »Zuhälter sind, die nur mal eine Nacht arbeiten zur Aushilfe, um wieder einmal etwas Geld zu haben und dann weiter zu wirtschaften«. ⁷²

Moritz und Pucher agitierten und organisierten also nach Feierabend in diversen Berliner Kneipen, um die – im Sinne der Gewerkschaft – »zweifelhafte Elemente« ⁷³ aus den Betrieben herauszudrängen. Dieses Herumziehen war angesichts der Hilfsarbeitergehälter eine äußerst kostspielige Beschäftigung. Sie belastete Pucher wesentlich mehr als Moritz, denn Letzterer ließ sich als Leiter der Berliner Zahlstelle die Kneipenrechnungen als Spesen und »Sitzungsgelder« von der Ortsverwaltung erstatten. ⁷⁴ Zudem hatte Pucher mindestens ein Kind und möglicherweise komplizierte Familienverhältnisse. ⁷⁵ Anstatt die Kostenerstattung mit Pucher zu teilen, behielt Moritz jedoch das Geld für sich und lieh seinem Freund und Vorbild ein ums andere Mal Summen in der Höhe von kompletten Wochenlöhnen, so dass die besagten 700 Mark Schulden bald zusammengekommen waren. ⁷⁶ Später offenbarte sich Pucher seinen KollegInnen im Vorstand, woraufhin Gertrud Hanna, Heinrich Lodahl und Paula Thiede ihm mit »Privatmitteln« die Rückzahlung der Schulden ermöglichten. ⁷⁷

72 | VBHi 1912a, alles S. 242.

73 | VBHi 1912a, S. 242.

74 | VBHi 1912a, S. 242.

75 | Engelbert Puchers Frau hieß Franziska Adelheid Klar. Beide waren in Wien geboren, katholisch und Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen. Pucher war bereits in Wien gewerkschaftlich aktiv; vgl. *Solidarität*, 10. Mai 1902, S. 3. Franziska Klar bekam Januar 1904 eine Tochter, die Hochzeit der beiden fand aber erst im Mai 1904 statt, zu diesem Zeitpunkt wohnten sie in der Graefestr. 3; vgl. die Heiratsurkunde (Landesarchiv Berlin, P Rep. 501 Nr. 214) und die Geburtsurkunde der Tochter Helene Klar (Landesarchiv Berlin, P Rep. 501 Nr. 1883). Auf dem Verbandstag 1914 stimmten die Berliner Delegierten gegen Pucher als Redakteur der »Solidarität« und begründeten dies mit dem »Verhältnis zu seiner Frau« (ohne dass mehr darüber zu erfahren wäre); vgl. VBHi 1915, S. 188 und Fuhrmann 2019, S. 145.

76 | VBHi 1912a, S. 242.

77 | VBHi 1912a, S. 243.

Dieses perfide Vorgehen Moritz' war auch deshalb möglich, weil die Berliner Zahlstelle bzw. Ortsverwaltung in unterschiedlicher Intensität eine lokalistische Tradition pflegte. Unter August Moritz hatte das lokalistische Selbstverständnis auch Auswirkungen auf die Interpretation der formalen Gewerkschaftspraktiken, in diesem Fall in Form einer eigenwilligen Kassenführung durch die Berliner Ortsverwaltung im Allgemeinen und Moritz im Besonderen. Der Zentralvorstand berichtete von heftigen und vielfachen Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung der Ortsverwaltung, die offenbar von Moritz und Baumgarten ohne Kontrollmechanismus oder Buchführung erledigt wurden. Beträge an den Zentralverband von bis zu 4.000 Mark – das entsprach mehr als zwei Jahresgehältern von männlichen Buchdruckerei-Hilfsarbeitern – wurden erst nach deutlicher Nachfrage überwiesen.⁷⁸

Auch Baumgarten, der Kassierer der Berliner Ortsverwaltung, hatte sichtbare Schwierigkeiten, die Abrechnung der Mitgliedsbeiträge korrekt zu bewerkstelligen.⁷⁹ Selbst die Arbeitsunterlagen für die Kernaufgaben der Gewerkschaft (z. B. Informationen über Betriebsgruppen) versuchte die Berliner Zahlstelle offenbar aus Prinzip vor dem Zentralvorstand zu verbergen oder legte sie gar nicht erst an. Auf entsprechende Vorhaltungen hin soll Moritz entgegnet haben:

»als ich eingetreten bin, kriegte ich eine blaue Mappe mit dem Verzeichnis der Vertrauensleute, warum soll ich denn mehr hinterlassen, das sehe ich gar nicht ein«. ⁸⁰

Die sich so konkretisierenden lokalistischen Tendenzen der Berliner Zahlstelle waren den langjährigen VBHi-FunktionärInnen natürlich bewusst, und so informierte Paula Thiede nach der Mobilisierung der Berliner Vertrauensmänner gegen den Tarifabschluss (vom 3. Januar 1912)⁸¹ unverzüglich die Generalkommission sowie die Berliner Gewerkschaftskommission und die graphischen Verbände, der Konflikt »könnte dazu führen, daß die

78 | VBHi 1912a, S. 244–246 und S. 83 f., zu Widersprüchen aus der Ortsverwaltung S. 198 f.

79 | VBHi 1912a, S. 245.

80 | VBHi 1912a, S. 83.

81 | VBHi 1912a, S. 21.

Kollegenschaft sich lokalisieren.«⁸² Auch Gertrud Hanna sah starke Hinweise darauf, dass die »Absicht, sich zu lokalisieren, doch bestanden hat.«⁸³ Die Berliner Kreise um den Vorsitzenden der Ortsverwaltung Moritz und den Kassierer Baumgarten entschlossen sich allerdings zunächst gegen einen sofortigen Verbandsaustritt und planten stattdessen die Übernahme.

Als sich auf dem Verbandstag jedoch abzeichnete, dass die Argumentation der Berliner Ortsverwaltung die noch unentschlossenen Delegierten womöglich nicht überzeugen würde, verließ Moritz in einem letzten Versuch, das Ruder herumzureißen, die Ebene politischer Kritik und warf dem Zentralvorstand um Paula Thiede Vetternwirtschaft und Ausnutzung von Abhängigkeitsverhältnissen vor. Diese Vorwürfe wurden an verschiedenen Sitzungstagen vorgebracht; Dreh- und Angelpunkt war jeweils die Kooperation des VBHi mit der Druckerei Eichler, die auch die Verbandszeitschrift verlegte. Drei verschiedene Komplexe spielten dabei eine Rolle:

- Erstens habe Pucher dort durch Thiedes Vermittlung eine gute bezahlte Anstellung erhalten, um seine Schulden – hier wurden sie von Moritz in die Verbandsöffentlichkeit getragen – abzarbeiten. Pucher sei damit willfährig gegenüber dem Kurs des Zentralvorstandes gemacht worden. Moritz wörtlich: »Na, Kollegin Thiede, wenn Pucher der Strick nicht bis obenhin gesessen hätte, brauchte er nicht nach Wittenberge zu fahren, um sich die Elbe anzusehen, um zu überlegen, wie weit er noch die Leute ansetzen kann. So steht die Sache.«⁸⁴ Pucher war nach Moritz' Auffassung so hoch verschuldet, dass er sich mit dem Gedanken an Selbstmord befasste, und von den übrigen Personen im Zentralvorstand abhängig, die ihm privat aus der Schuldenklemme herausgeholfen hatten.
- Zum Zweiten habe sich Paula Thiede persönlich von Druckereibesitzer Eichler korrumpieren lassen, denn warum sonst, so Moritz, »schickt der Buchdruckereibesitzer Eichler an [Paula Thiede] immer die großen Ananasfrüchte und Wein dazu, um eine Bowle zum Geburtstag machen zu können«?⁸⁵

82 | VBHi 1912a, S. 21.

83 | VBHi 1912a, S. 78.

84 | VBHi 1912a, S. 226.

85 | VBHi 1912a, S. 225 f.

- Zum Dritten fragte Moritz die Delegierten auf dem Verbandstag im Hinblick auf die anwesende Vorsitzende: »was macht denn eigentlich ihr Mann, der Herr Wilhelm Thiede bei der Firma Eichler als Geschäftsführer?« Anschließend legte er nahe, dass die Druckerei Eichler sich gegenüber dem VBHi nun vieles erlauben könne.⁸⁶ Dies war nichts anderes als der Vorwurf an die Vorsitzende, den Verband zugunsten eines persönlichen Vorteils zu schädigen.

Bei näherem Hinsehen entpuppt sich dieser letzte Angriff von Moritz auf den Zentralvorstand allerdings als persönliche Verteidigung, denn gegen Moritz waren zuvor Bestechungsvorwürfe laut geworden. Er habe seinerseits »200 Mk Schmiergelder« von Eichler erhalten und diese mit dem Kassierer Baumgarten geteilt. Die Gegenleistung soll darin bestanden haben, dass die Ortsverwaltung Berlin Eichlers Bruder 16.000 Mark Hypothek auf dessen Haus gegeben habe.⁸⁷

Der Überprüfung all dieser Angaben sind durch die prekäre Quellenlage enge Grenzen gesetzt. Paula Thiede bestätigte und erläuterte auf dem Verbandstag die Tätigkeit Pucher in der Druckerei. Demnach habe er dort in Sonntagsarbeit und zu einem wesentlich geringeren Lohn als von Moritz dargestellt die Expedition (also den Versand) der »Solidarität« übernommen. Da diese Arbeit sowieso bezahlt werden müsse, habe »der Verband auf diese Art noch ein Geschäft gemacht«.⁸⁸ Und die angeblich regelmäßigen luxuriösen Geschenke der Druckerei Eichler an Paula Thiede wie Ananas und Wein erwiesen sich als einmalige Aktion zum 40. Geburtstag – einmalig »trotzdem wir bei Eichler schon drucken lassen seit der Zeit, als wir noch Lokalorganisation waren«.⁸⁹

Schwerer dürfte der Vorwurf gewogen haben, Paula Thiedes Ehemann Wilhelm habe seine Anstellung in der Druckerei durch persönliche Begünstigung bekommen. Die Anstellung an sich stritt Paula Thiede nicht ab, sondern erklärte sie ausführlich – und ergänzte sogar, dass ihr Mann zuvor schon acht Monate lang für den VBHi gearbeitet habe, und zwar direkt beim Vorstand, für den er die Auswertung einer großen Verbandssta-

86 | 1912a, S. 226.

87 | VBHi 1912a, S. 225.

88 | VBHi 1912a, S. 243.

89 | VBHi 1912a, S. 243.

tistik durchgeführt habe. Diese Entscheidung habe der Vorstandsvorsitzende in allgemeinem Einverständnis und in bewusster Abwesenheit von Paula Thiede getroffen.⁹⁰

Außerdem argumentierte Paula Thiede, dass die Initiative zur Anstellung ihres Mannes in der Druckerei von Eichler ausgegangen sei, der sich nicht an den Verband, sondern direkt an Wilhelm Thiede gewandt habe.⁹¹ Überdies sei ihr Mann zum Zeitpunkt der Einstellung nicht arbeitslos, also nicht auf die Stelle angewiesen gewesen.⁹² Schließlich führte Paula Thiede noch aus, dass ihr Mann bereits zuvor für eine ganz andere Gewerkschaft eine ähnliche Tätigkeit wie nun bei Eichler hatte.⁹³ In der Tat lautete Wilhelm Thiedes Berufsbezeichnung bereits 1908, als die Eheleute Thiede gemeinschaftlich aus der Kirche austraten, »Expedient«. Er hatte im Zeitschriftenvertrieb also schon Berufserfahrung.⁹⁴

In Fall der Kooperation des VBHi mit der Druckerei Eichler erlaubt die Quellenlage eine partielle Überprüfung sowie einige Ergänzungen. Acht Monate nach dem außerordentlichen Verbandstag des VBHi erteilte Eichler Wilhelm Thiede mit Wirkung vom 1. Oktober 1912 Prokura (also Geschäftsvollmachten) für die Druckerei – er war also tatsächlich ein wichtiger Mitarbeiter Eichlers.⁹⁵ Und Eichlers Entscheidung, Thiede als einen ihm bereits bekannten Sozialdemokraten einzustellen, war kein Einzelfall. Bereits viele Jahre zuvor hatte er z. B. den damaligen Redakteur der »Solidarität« Ernst Preczang als Gehilfen eingestellt.⁹⁶ Nach Eichlers Tod im Juli

90 | VBHi 1912a, S. 195 f. Demnach gab es zuvor eine eingehende Suche nach anderen Personen, die für diese Tätigkeit geeignet gewesen wären. Wilhelm Thiede galt durch eine einjährige Statistikerarbeit bei einem anderen Gewerkschaftsverband als qualifiziert – eine Arbeit, zu der er ganz regulär durch einen Arbeitsnachweis gekommen war. Seine Bearbeitung der VBHi-Erhebung ist heute noch zugänglich und eine der wenigen soliden Statistiken aus diesem Bereich; vgl. VBHi 1911.

91 | VBHi 1912a, S. 243 f.

92 | VBHi 1912a, S. 242–246.

93 | VBHi 1912a, S. 243 f.

94 | Vgl. die entsprechende behördliche Liste von Kirchenaustritten, Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030 Tit. 95 Nr. 15800_004.

95 | Landesarchiv Berlin, A Rep. 342-02 Nr. 14489, Blatt 5.

96 | Wachs 1905.

1914 entwickelten sich Probleme zwischen dem VBHi und dem Verlag und Wilhelm Thiede wurde im Oktober 1918 gekündigt.⁹⁷

Aufgrund der Quellenlage ist eine abschließende Bewertung der Geschehnisse rund um den außerordentlichen Verbandstag im Februar 1912 nicht in der wünschenswerten Genauigkeit möglich. Paula Thiede sprach am Ende der Debatte davon, dass »Die Hände sauber« ihre Maxime in der Verbandsarbeit gewesen sei, und das, was in Erfahrung zu bringen ist, spricht für die Aufrichtigkeit ihrer Aussage.⁹⁸ Die Glaubwürdigkeit von Paula Thiede und dem Vorstandsvorstand hinsichtlich der von Moritz vorgebrachten Vorwürfe dürfte dazu beigetragen haben, dass der Berliner Plan schließlich scheiterte.

Während Gertrud Hanna als Vorstandsmitglied bereit war, die Zahlstellen Berlin und München ziehen zu lassen, auf dass sie aus ihrem Schaden klug würden,⁹⁹ nahm Paula Thiede auf dem Verbandstag das Heft des Handelns in die Hand und suchte – zum Wohle des VBHi – die offene, ja konfrontative inhaltliche Aussprache. Am ersten Tag »plätscherte [die Debatte] so sachlich dahin« und scharfe Vorwürfe blieben aus.¹⁰⁰ Mit dem Wissen um die Vorbereitungen der Gegenseite sah Paula Thiede in diesem Moment wohl zutreffend voraus, dass der Konflikt absichtlich vermieden wurde, um die Argumente des Vorstands nicht laut werden zu lassen. Das hätte es erleichtert, Thiede und den Vorstand mit der »Abstimmungsmaschine« zu beseitigen und den Konflikt dann mit getauschten Rollen und Machtressourcen fortzusetzen.¹⁰¹ Daher übernahm sie selbst die Initiative und sprach sich dafür aus, den seit Jahren schwelenden Konflikt mit der Berliner Ortsverwaltung endlich offen auszutragen:

97 | Zur Entwicklung der Druckerei Eichler vgl. das entsprechende Geschäftsraster, Landesarchiv Berlin, A Rep. 342-02 Nr. 14489, Eichler, Blatt 1–8.

98 | »Ja, und nun ist dieser Wilhelm Thiede Geschäftsführer bei Eichler und ich habe mal eine Ananas zu meinem Geburtstag gekriegt. [...] Wir haben uns die Hände rein gehalten, das erkläre ich Ihnen. Als meine erste Aufgabe und Pflicht habe ich es angesehen, die Hände sauber. Das habe ich getan.« (VBHi 1912a, S. 243).

99 | VBHi 1912a, S. 78 f.

100 | VBHi 1912a, S. 237.

101 | VBHi 1912a, S. 246.

»Wir sind es unserem Verbandschuldigen, hier offen zu bekennen, reinen Tisch zu machen. So geht es nicht, daß man kleistert, wenn die Sache brenzlich [sic] wird [...]. So ist es bisher immer gewesen und so kann es nicht wieder sein. Wir müssen eine vollständig reine Situation schaffen.«¹⁰²

Diesem Credo folgte sie direkt im Anschluss und machte keinen Hehl daraus, wen sie für die »Extratour, die in Berlin getanzt wurde«, in der Verantwortung sah: »Den ich vor allem und in der Hauptsache angreife, ist der Kollege Moritz.«¹⁰³ Offensiv suchte Paula Thiede die Aussprache und scheute nicht davor zurück, auch harte Bewertungen von Moritz' Person vorzubringen. Mit Verweis auf Erfahrungen Dritter sprach sie davon, dass dieser in Berlin »nahezu absolut« sei und mit »seiner Art als Diktator« die Ortsverwaltung dominiere. Die »Interessen der Allgemeinheit« nehme Moritz dabei »rücksichtslos unter die Füße«.¹⁰⁴ Mit der Idee, Konflikte offen auszutragen – »Da muß auch einmal Fraktur geredet werden«¹⁰⁵ – verband sie aber nicht nur verbale Angriffe auf Moritz, sondern auch eine inhaltliche Klärung.

Paula Thiede legte im Laufe des viertägigen Verbandstages sukzessive auf den Tisch, was die Berliner lieber nicht offen angesprochen, sondern sich als Gerüchte nutzbar gemacht hätten. Die Gründe für das Verhalten des Vorstands – die Unterzeichnung des Berliner Tarifabkommens am 3. Januar 1912 anstelle der nicht erschienenen Berliner Ortsverwaltung – hatte sie direkt zu Beginn des Verbandstages sachlich und mit Verweis auf die Satzung dargelegt.

Schließlich wurde eine Resolution, die das Verhalten des Vorstands in der zentralen Frage des Berliner Tarifabschlusses guthieß, mit einer Mehrheit von 25 zu 19 Delegiertenstimmen angenommen. Dagegen stimmten vor allem Berlin, München, Dresden und Hamburg.¹⁰⁶ Die sogenannte Provinz, die von reichsweiten Vereinbarungen am meisten profitierte, stimmte fast geschlossen für den Vorstand; auch die große und traditionsreiche Leipziger Ortsverwaltung stand hinter dessen Vorgehen. Daraufhin wurde auch der Tagesordnungspunkt »Neuwahl des Vorstands« mit der gleichen

102 | VBHi 1912a, S. 82.

103 | VBHi 1912a, S. 82 (beide Zitate).

104 | VBHi 1912a, S. 82 (alle Zitate), weitere Erläuterungen auch S. 83 f.

105 | VBHi 1912a, S. 84.

106 | VBHi 1912a, S. 252.

Mehrheit von der Tagesordnung abgesetzt und damit das Thema erledigt und der Machtkampf entschieden.¹⁰⁷

Der außerordentliche Verbandstag 1912 war wohl einer der heikelsten Momente in der Entwicklung des VBHi, was auch die Beteiligten so sahen: »mir schien es ja in meiner Tätigkeit die schwerste Situation«, bekannte Paula Thiede gegen Ende des Kongresses, hielt aber ihrem Stil entsprechend¹⁰⁸ eine versöhnliche und vorwärtsblickende Abschlussrede. Darin billigte sie allen am Streit Beteiligten gleichermaßen zu, nur aus besten Motiven gehandelt zu haben – zugunsten der Allgemeinheit, der Kollegenschaft und der Organisation.¹⁰⁹

»Und wenn wir von diesem Grundsatz ausgehen [...] so kann uns nichts mehr trennen, so kann es keinen Rückschritt geben in unserer Organisation, auch durch diesen gewesenen Zwiespalt nicht. Es kann nur ein engeres Zusammenstehen geben, eine gemeinsame Arbeit und einen weiteren Aufstieg. Das möchte ich Ihnen und uns von ganzen Herzen wünschen.«¹¹⁰

Den Berliner Tarifabschluss, der die ganze Malaise ausgelöst hatte, hatte die Berliner Ortsverwaltung zwar schon vor dem außerordentlichen Verbandstag formal akzeptiert; und auch mit dem Ergebnis der lokalen Nachverhandlungen zwischen Zentralvorstand und Prinzipalen war man zufrieden.¹¹¹ Doch bereits die Resolution, die auf dem Verbandstag beschlossen worden war, ließ – trotz der versöhnlichen Schlussworte Thiedes – erahnen, dass es ein »Weiter so« mit den führenden Berliner Persönlichkeiten nicht geben konnte. Die Resolution sprach dem Vorstand – namentlich Pucher und Thiede – das Vertrauen aus, richtete aber scharfe Worte an die Berliner:

»Das Vorgehen der Berliner Ortsverwaltung jedoch müssen die Anwesenden Delegierten auf das allerschärfste mißbilligen, weil dieses Vorgehen geeignet war, unberechenbaren Schaden für die gesamte Organisation hervorzurufen, dessen Folgen sich mehr in der Provinz als in Berlin bemerkbar gemacht hätten.

107 | VBHi 1912a, S. 254.

108 | Vgl. Fuhrmann 2019, S. 145–152.

109 | VBHi 1912a, S. 288.

110 | VBHi 1912a, S. 288.

111 | VBHi 1912a, S. 25.

Die ganze Art, wie die aner kennenswerte Tätigkeit des Hauptvorstandes durch die Berliner Tarifverhändler, besonders aber durch deren Leiter August Moritz, in den Schmutz gezogen worden ist, spricht dafür, daß die Situation bewußt heraufbeschworen worden ist. Aus diesen Erwägungen heraus halten die Delegierten ein ersprießliches Zusammenarbeiten zwischen Hauptvorstand und der derzeitigen Berliner Ortsverwaltung nicht für gedeihlich.«¹¹²

Die »Solidarität« veröffentlichte am 23. März 1912, also vier Wochen nach dem Verbandstag, eine Reihe lokaler Stellungnahmen, die im Wesentlichen die Position der jeweiligen Delegierten widerspiegeln. Außerdem findet sich in derselben Ausgabe ein Bericht über einen Schlichtungsversuch, der durch eine Berliner Versammlung angeschoben worden war. Dieser Versuch stand unter der Obhut der Berliner Gewerkschaftskommission, die einer gewissen Sympathie für den Lokalismus nicht unverdächtig war. Der gegenüber Moritz milde Schlichtungsvorschlag scheiterte allerdings an der Entschlossenheit des Hauptvorstands, der Moritz bereits am 28. Februar 1912, also direkt im Anschluss an den Verbandstag, entlassen hatte.¹¹³ Die Kündigung war formal leicht zu vollziehen gewesen, denn als Ortsleiter war Moritz seit 1908 direkt beim Zentralverband angestellt.¹¹⁴

Der Hauptvorstand gab während des Schlichtungsverfahrens eine ganze Reihe von Gründen an, warum Moritz' Entlassung keinesfalls zurückgenommen würde: Eine fingierte Krankschreibung für ein VBHi-Gauleitertreffen, auf dem sein Verhalten verurteilt werden sollte; vielfache Fehlinformation der Mitgliedschaft; mehrfache Gefährdung der Zahlungsfähigkeit des Gesamtverbands; versuchte Verhinderung eines Tarifvertrags aus Prinzip, obgleich dieser die Forderungen im Wesentlichen erfüllte; Zweckentfremdung der Mittel der Berliner Ortskasse (unter anderem für die Putschvorbereitung); sowie schließlich die versuchte Bestechung einiger Verbandstagsdelegierter durch das Versprechen besoldeter Posten nach dem geplanten Vorstandswechsel. Zusammengefasst wurde Moritz also aufgrund spektakulären Fehlverhaltens entlassen – und weil er

112 | Zit. nach VBHi 1915, S. 5.

113 | Solidarität, 23. März 1912, S. 2 (»Die Amtsenthebung des Berliner Ortsvorsitzenden«); bestätigt durch VBHi 1915, S. 6.

114 | Solidarität, 23. März 1912, S. 2 (»Die Amtsenthebung des Berliner Ortsvorsitzenden«). Den jährlichen Wiederwahlen hatte sich Moritz nicht gestellt, was sein formales Recht, aber unüblich war.

»fortgesetzt in Mitgliederversammlungen gegen den Vorstandsvorstand gehetzt hat [...] und gegen die Tarifgemeinschaft arbeitete«,¹¹⁵

Ein weiterer Schlichtungsversuch unter Vorsitz von Carl Legien, dem Leiter der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, scheiterte daran, dass sich Moritz der Vermittlung entzog.¹¹⁶ Neben August Moritz wurden auch die vier weiteren Angestellten der Berliner Ortsverwaltung entlassen, da sie nach dem Verbandstag noch Stimmung gegen die Beschlüsse machten. Der VBHi machte die »Anerkennung der Verbandstagsbeschlüsse« zur Auflage für eine Wiedereinstellung und begründete dies damit, dass es genau diese Posten waren, die noch »wichtige Ergänzungsarbeiten zum Tarif« zu erledigen hatten.¹¹⁷ Nach einer offensichtlich erfolgreichen Aussprache wurde die Kündigung aller Angestellten mit Ausnahme von Moritz wieder zurückgenommen; der Hamburger Gauleiter Glarner legte allerdings seine Ämter nieder.¹¹⁸ In allen anderen Orten wurden die Angestellten, die mit Moritz gestimmt hatten, weder entlassen noch auf den Beschlüsse des Verbandstages verpflichtet.¹¹⁹

Noch zwei Jahre später waren die Gremien des VBHi mit den Folgen dieses Zusammenstoßes einer großen Gruppe führender Verbandsmitglieder und dem Zentralvorstand beschäftigt. Auf Antrag von Paula Thiede – die ihre 1912 erklärte Absicht, Konflikte nicht bloß »zuzukleistern«, offensichtlich ernst meinte – fand auf dem nächsten großen Verbandstag anderthalb Tage lang eine Aussprache über den Fall statt. Da über diese Sitzung kein Protokoll veröffentlicht wurde, ist der Inhalt allerdings nicht überliefert.¹²⁰

Im Jahr 1912 kamen im VBHi die seit Jahrzehnten gewachsenen Tendenzen des Lokalismus in der Berliner Arbeiterschaft zum Tragen – ein letztes großes Aufbäumen – und lösten einen Konflikt mit dem Zentralverband

115 | Solidarität, 23. März 1912, S. 2f. (»Die Amtsenthebung des Berliner Ortsvorsitzenden«).

116 | VBHi 1912b, S. 21 f.

117 | Solidarität, 23. März 1912, S. 3 (»Die Amtsenthebung des Berliner Ortsvorsitzenden«).

118 | VBHi 1912b, S. 21 und S. 23.

119 | Solidarität, 23. März 1912, S. 3 (»Die Amtsenthebung des Berliner Ortsvorsitzenden«).

120 | VBHi 1915, S. 78f.

aus, der aus reichsweiter Perspektive auf eine höchst erfolgreiche Arbeit zurückblicken konnte. Dass dieser Konflikt derart eskalierte, lag auch in der Persönlichkeit von August Moritz begründet, der organisatorisch geschickt und politisch konsequent, aber moralisch im konkreten Vorgehen verwerflich, zum Generalangriff mobilisiert hatte. Die Geschlechterdimension dieses Konfliktes, dem ja ähnliche vorausgegangen waren, blieb weitgehend unausgesprochen. Dies lag zum einen an der Hegemonie emanzipierter Vorstellungen und der entsprechenden Machtverteilung im Verband. Zum anderen beherrschte die Frage nach der Machtarchitektur zwischen lokalen Zahlstellen und Zentralvorstand den Konflikt.

4.5 Immer noch kein Frieden mit der weiblichen Leitung: Der Verbandstag 1914

Verglichen mit den Geschehnissen um den Jahreswechsel 1911/1912 und dem daraus resultierenden außerordentlichen Verbandstag war die Situation auf dem nächsten VBHi-Kongress im Jahr 1914 fast schon ruhig. Die Rebellen von 1912 waren zum Teil aus ihren Funktionen ausgeschieden oder entlassen worden und es war nicht zu erwarten, dass eine erneute Kraftprobe ein anderes Ergebnis haben würde.

Immerhin: Es gab sie trotzdem und zwar in Form eines Antrags, eine Art Kontrollausschuss einzurichten, der weitreichende Kompetenzen gehabt hätte und den Vorstand faktisch hätte dominieren oder komplett lähmen können. Paula Thiede und ihre VorstandskollegInnen sahen die Folgen voraus und reagierten konsequent. Sie skizzierten auf dem Verbandstag öffentlich, was ein solcher Beschluss zur Folge hätte, und kündigten an, als Zentralvorstand komplett zurückzutreten, wenn dieser Beschluss angenommen würde. Dies war nicht der Fall und die Delegierten sprachen dem alten und neuen Vorstand mit großer Mehrheit erneut das Vertrauen aus. Paula Thiede erhielt bei 6 Enthaltungen 35 Ja-Stimmen und keine einzige Gegenstimme.¹²¹

121 | VBHi 1915 S. 165–171, Wahlergebnisse auf S. 188.

